



Altersarmut

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Älteren von Ihnen werden sich sicherlich noch an den ehemaligen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) erinnern, der in einer politischen Kampagne 1986 auf 15 000 Plakaten mit dem Slogan "Denn eins ist sicher: Die Rente." auf Stimmenfang gegangen ist. Heute würde er sich wohl kaum getrauen, das zu wiederholen. Was ist passiert, davor und danach?

Unsere gesetzliche Rentenversicherung, die heute unter dem Vertrauen erweckenden Namen "Deutsche Rente (Bund)" firmiert, hat 2014 ihr 125-jähriges Jubiläum gefeiert. Sie ist bereits im Jahre 1889 von Otto von Bismarck ins Leben gerufen worden und damit älter als das 1900 in Kraft getretene BGB. Wenig bekannt ist, dass Bismarck zunächst ein kapitalgedecktes Versicherungssystem geschaffen hat, das sich bis nach dem zweiten Weltkrieg erhalten hat und erst unter Adenauer zu einem **Umlagesystem** gewandelt worden ist.

Seitdem gibt es keinen Kapitalstock mehr, der regelmäßig angespart wird und aus dem dann die fällig werdenden Renten ausgezahlt werden. Sondern das System lebt sozusagen von der Hand in den Mund: Es gilt der nirgendwo niedergeschriebene "**Generationenvertrag**", nach dem jeweils die Generation der Erwerbstätigen die Generation der Rentner finanziert. D. h. die Erwerbstätigen müssen immer so viel an Beiträgen aufbringen, dass daraus die aktuellen Renten gezahlt werden können. Man ahnt, welche Probleme daraus entstehen können.

Der Rentenanspruch des Berechtigten erwächst im Wesentlichen aus zwei Komponenten, einer persönlichen und einer staatlichen. Die persönliche Komponente ergibt sich aus den vom Erwerbstätigen gezahlten oder ihm an- bzw. zuzurechnenden Beiträgen. Daraus resultieren "**Entgeltpunkte**", die sich im persönlichen Rentenkonto des Berechtigten manifestieren. Die Ansammlung von Entgeltpunkten bis zum Renteneintritt ist der persönliche und unentziehbare Baustein des Rentenanspruchs. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in die Beitragsbemessung nur der Faktor Arbeit eingeht; andere Einkünfte spielen für die Rentenberechtigung keine Rolle.

Was aber sind die angesammelten Entgeltpunkte wirklich wert? Darüber entscheidet der Staat, der jedes Jahr zum 01. Juli per Bundesgesetz den "**Aktuellen Rentenwert**" festlegt ($\text{Entgeltpunkte} \times \text{Aktueller Rentenwert} = \text{Höhe der Rente}$). Hinter dieser politischen Stellschraube verbirgt sich eine komplizierte Formel, in die alle möglichen ökonomischen und sozialpolitischen Faktoren einlaufen. Und an dieser Formel dreht praktisch jede Politikergeneration, um die Ergebnisse dem politisch Gewünschten bzw. Verkaufbaren anzunähern. Im Verlaufe dieses "Gestaltungsprozesses" sind dem Rentensystem immer mehr eigentlich versicherungsfremde, aber politisch gewünschte Belastungen

Meschede, Januar/Februar 2015

aufgebürdet worden. Letztlich ist das die Rechtfertigung dafür, dass aus dem allgemeinen Steueraufkommen jährlich steigende Zuschüsse zur Finanzierung des Rentensystems aufgebracht werden müssen.

Daneben gibt es einen Faktor, der das geltende Umlagesystem unabdingbar in eine immer deutlicher werdende Schiefelage geraten lässt, und das ist die **demographische Entwicklung**, nach der immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner finanzieren müssen. Zusammen mit der o. g. Fremdbelastung des Versicherungssystems führt dies - politisch toleriert - zu einem ständigen Absinken des Rentenniveaus, gemessen an den Nettowerten der Aktivenbezüge. Bis 2030 soll das Rentenniveau auf 43 % fallen, und dann wird schon eine Durchschnittsrente keinesfalls ausreichen, das gewohnte Lebensniveau aufrecht zu erhalten (**Versorgungslücke**).

Diese unangenehme Wahrheit wird heute von den noch Erwerbstätigen und zukünftigen Rentnern erkennbar nicht wahrgenommen oder verdrängt. Es wächst zwar das Bewusstsein, dass unser bestehendes Rentensystem sich nicht rechnet und auf keinen Fall existenzsichernd ist. Aber es fehlen häufig die dringend erforderlichen Konsequenzen für die eigenverantwortete Altersvorsorge. Wenn die Erkenntnis erst mit 60 dämmert, ist es definitiv zu spät! Ich habe zwar in meiner Heimatstadt noch keine Rentner gesehen, die im Müll nach Pfandflaschen suchen. Aber ich nehme durchaus wahr, dass sich ältere Menschen aus gewohnten sozialen Beziehungen ausklinken, weil sie die damit verbundenen Aufwendungen schlichtweg nicht mehr bezahlen können.

In dieser Situation ist es geradezu tragisch, dass auch die derzeitigen Kapitalmarktbedingungen den Wunsch oder die Notwendigkeit zu sparen ökonomisch nicht gerade begünstigen. Es gibt praktisch keine Zinsen auf Ersparnis, und neu abgeschlossene Lebensversicherungen versprechen nur noch eine Minirendite (vgl. hierzu meine Kolumne von Januar/Februar 2014 "Das Elend der Lebensversicherungen"). Und trotzdem: Eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung ist unabdingbar! Dieses Plädoyer halte ich bewusst gegen den im Gegenwartsdeutschland spürbaren Trend, in Versorgungsfragen lieber auf den Staat zu vertrauen, als die finanzielle Zukunft eigenverantwortlich zu gestalten.

Ich wünsche Ihnen ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de